

3.6.2010 - Mitteldeutsche Zeitung

Abt verteidigt Zollitsch

Freiburg/Mehrerau/dpa. Die katholische Kirche hat Erzbischof Robert Zollitsch gegen den Vorwurf verteidigt, wissentlich einen durch Missbrauch aufgefallenen Priester erneut angestellt zu haben. Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz werde «völlig grundlos mit sexuellem Missbrauch, den ein Mitglied unseres Ordens vor rund 30 Jahren begangen hat, in Verbindung gebracht», schrieb der Abt der Zisterzienserabtei Wettingen-Mehrerau (Österreich), Anselm van der Linde, am Donnerstag in einer Erklärung. Auch das Erzbistum Freiburg, dessen Oberhirte Zollitsch ist, erklärte, die Vorwürfe entbehrten jeder Grundlage. Der Vatikan stellte sich am Donnerstag hinter die Bistumserklärung.

Nach einer Strafanzeige eines Missbrauchsopfers ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen Zollitsch wegen «Beihilfe zu sexuellem Missbrauch von Kindern». Als zuständiger Personalreferent der Erzdiözese Freiburg soll Zollitsch im Jahr 1987 veranlasst haben, dass ein Pater, der bereits in den 1960er Jahren sexuellen Missbrauch begangen hatte, erneut angestellt wurde. Laut Erzbistum wusste Zollitsch weder von den Vorwürfen aus den 60er Jahren noch von einem erneuten Einsatz dieses Paters, und einen solchen Einsatz habe er schon gar nicht veranlasst. Zudem sei für den Geistlichen kirchenrechtlich nicht das Erzbistum Freiburg zuständig, sondern die Zisterzienserabtei Wettingen-Mehrerau bei Bregenz.

Laut SWR soll der heute 69-jährige Pater mehrfach einen Ministranten missbraucht haben. Das heute 53-jährige Opfer erstattete demnach die Strafanzeige gegen Zollitsch. Nach einem solchen Vorwurf sei die Behörde zu Ermittlungen verpflichtet, sagte ein Sprecher der Freiburger Staatsanwaltschaft. Beihilfe zum sexuellen Missbrauch wird mit einer Freiheitsstrafe von einem Monat bis zu siebeneinhalb Jahren bestraft - bei Taten ohne Körperkontakt mit bis zu drei Jahren und neun Monaten.

Der Erzdiözese Freiburg solle bekannt gewesen sein, dass es im Kloster Birnau am Bodensee zu sexuellen Übergriffen durch den Pater gekommen sei, lautet der zentrale Vorwurf, bestätigte die Freiburger Staatsanwaltschaft am Mittwoch Berichte der ARD und der Zeitung «Südkurier». Die wesentlichen Taten soll der Geistliche im Zuständigkeitsbereich der Konstanzer Staatsanwaltschaft begangen haben. Deshalb haben die Beamten am Bodensee die Ermittlungen übernommen. In Konstanz wird nach Angaben eines Sprechers der dortigen Staatsanwaltschaft seit einiger Zeit wegen Kindesmissbrauchs gegen einen Pater der Wallfahrtskirche Birnau in Uhldingen-Mühlhofen (Bodenseekreis) ermittelt. Die Barock-Basilika Birnau gehört zur Zisterzienserabtei Wettingen-Mehrerau.

Das Missbrauchsopfer hatte sich im Jahr 2006 an die Erzdiözese Freiburg gewandt und ihr vorgeworfen, den Fall zu vertuschen. Die Freiburger Erzdiözese widersprach. Das Erzbistum habe im Dezember 2006 erstmals von den Vorwürfen erfahren und die disziplinarisch zuständigen Zisterzienser aufgefordert, nach den Richtlinien der Bischofskonferenz den Fall aufzuarbeiten und den Priester nicht in der Seelsorge einzusetzen. Abt Anselm van der Linde erklärte: «Die Vorwürfe gegen Erzbischof Zollitsch treffen nicht zu.» Dieser habe weder von den Vorwürfen aus den 60er Jahren noch von einem erneuten Einsatz des Priesters gewusst oder diesen veranlasst.

Der Kirchenrechtler Richard Puza hält das Ermittlungsverfahren gegen Zollitsch, für nicht nachvollziehbar. Zollitsch sei nicht verantwortlich für die Vorgänge im Kloster Birnau, sagte Prof. Puza in einem Gespräch mit der Nachrichtenagentur dpa. «Kirchenrechtlich kann man daher keinen Verdacht der Beihilfe zum sexuellen Missbrauch gegen den Erzbischof konstruieren.» Rechtlich sei Zollitsch also nicht verpflichtet gewesen, aber nach heutigen Regeln stehe natürlich der Opferschutz im Vordergrund. Der Dekan der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Tübingen verwies auf das Benediktinerkloster Ettal in Bayern. Dort

habe der Münchner Erzbischof Reinhard Marx den Abt wegen des Missbrauchsskandals aus dem Amt gedrängt, obwohl er als Bischof formal nicht zuständig war. «Marx hat durchgegriffen, aber nicht im Rahmen des Kirchenrechts», sagte Puza.

Die katholische Reformbewegung «Wir sind Kirche» forderte Zollitsch auf, umgehend und umfassend an der Aufklärung der gegen ihn erhobenen Vorwürfe mitzuwirken. Da Zollitsch nach Bekanntwerden der zahllosen Missbrauchsfälle einen Neuanfang innerhalb der Kirche angekündigt habe, wäre es zu begrüßen, «wenn auch unabhängig der strafrechtlichen und kirchenrechtlichen Bewertung lange zurückliegender Vorgänge Bischöfe und Personalverantwortliche ihre jeweilige moralische Verantwortung übernehmen würden».

Zuletzt geändert am 03.06.2010